

ISAF geht – Rückzug oder Abzug? Was kommt danach?

von Dr. Peter Rudolf

Die Planungen für den militärischen Rückzug aus Afghanistan sind in vollem Gange. Ein vollständiger Abzug wird es nicht sein, sofern die ISAF-Folgemission nicht an der Frage der notwendigen Stationierungsabkommen scheitert. Offen ist, wie hoch die amerikanische Militärpräsenz nach 2014 sein wird. Offen ist damit auch die Frage nach dem deutschen Anteil. Die Entscheidung über den Umfang der ISAF-Folgemission, die keinen Kampf-, sondern nur einen Beratungs- und Ausbildungsauftrag haben wird, fällt faktisch in Washington – wie zuvor auch

Zum Autor:

Dr. phil. Peter Rudolf,
Senior Fellow an der Stiftung
Wissenschaft und Politik (SWP)
in Berlin, Forschungs-
gruppe Amerika; aktuelle
Schwerpunkte: Die USA und
die Zukunft internationaler
Ordnungspolitik, amerikanische
Nah- und Mittelostpolitik,
Legitimität und Effektivität
militärischer Gewalt.

zerstört und besiegt werden sollte, lautete das Ziel mit Blick auf die Taliban, diese so zu schwächen, dass gestärkte afghanische Sicherheitskräfte mit ihnen fertig werden könnten. Anders als sein Vorgänger im Präsidentenamt sprach Obama nie davon, es sei Ziel in Afghanistan eine „blühende Demokratie“ aufzubauen. Längst war die geradezu sozialtechnokratische Euphorie verfliegen, mit der die internationale Gemeinschaft anfänglich unter dem Vorzeichen des Wiederaufbaus das Projekt einer Modernisierung Afghanistans in Angriff genommen hatte. Ein repräsentatives politisches System sollte entstehen, liberaldemokratische Normen und afghanische Traditionen sich verbinden.

Dieser geradezu naive Optimismus lebte noch einmal im Konzept der zivil-militärischen Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency, kurz COIN) auf, das die amerikanische Militärführung als Weg zum Erfolg in Afghanistan propagierte. Präsident Obama erhöhte zu Beginn seiner Amtszeit unter dem Druck des Militärs die Zahl der amerikanischen Soldaten in Afghanistan, ohne jedoch von der zivil-militärischen COIN-Strategie überzeugt zu sein. Die Berichte über den Entscheidungsprozess, wie ihn Bob Woodward in seinem Buch *Obama's War* detailliert schildert, aber auch öffentliche Äußerungen des Präsidenten legen den Schluss nahe, dass Obama von Anfang an Zweifel an der Notwendigkeit und den Erfolgsaussichten dieser ambitionierten Strategie hegte. Diese beruhte auf der Annahme, dass die Fortschritte in den einzelnen Bereichen – militärische Schwächung der Aufstandsbewegung, bessere Regierungsleistungen und größere politische Legitimität, wirtschaftlicher Aufbau, pakistanische Kooperation – sich gegenseitig verstärken. Dass der eingeschlagene Kurs nur Erfolg haben könne, wenn wider alle Wahrscheinlichkeit die genannten Entwicklungen zusammenkämen, und das Ganze somit ein „Glücksspiel“ sei, hatte der Koordinator für Afghanistan und Pakistan im Weißen Haus, Generalleutnant Douglas E. Lute, dem Präsidenten eindringlich vor Augen geführt. Doch den Forderungen der Militärführung entgegenzutreten, war offenbar politisch zu riskant. Es war schier undenkbar, dass Obama zu Beginn seiner Amtszeit dem von >>



© Bundeswehr / Bienert

alle wichtigen Entscheidungen in der Afghanistan-Politik. Und das Weiße Haus scheint entschlossen, das amerikanische Engagement auf ein Minimum zu reduzieren. Die Rede ist gar davon, bis zum Ende von Obamas Präsidentschaft solle die Zahl der amerikanischen Soldaten in Afghanistan auf unter 1.000 sinken. Obama will sich der Lasten des Krieges so weit und so schnell wie möglich entledigen.

Ziele und Konzepte der USA

Früh hatte Obama deutlich gemacht, dass es ihm in Afghanistan um Minimalziele geht, die – sofern sie erreicht würden – die Möglichkeit des Truppenrückzugs eröffneten: alQaida sollte ein „sicherer Hafen“ in Afghanistan verwehrt und den Taliban die Fähigkeit genommen werden, die Regierung in Kabul zu stürzen. Während alQaida

>> ihm ernannten Kommandeur, Stanley McChrystal, die geforderten Truppen verweigern und das von der Militärführung favorisierte COIN-Konzept ablehnen würde. Zu sehr hatte sich Obama politisch gebunden, als er im Wahlkampf den Einsatz in Afghanistan als „notwendigen Krieg“ bezeichnete. Zu sehr musste er die Kritik der Republikaner fürchten, er zeige Schwäche.

Die wachsende Kriegsmüdigkeit in der amerikanischen Öffentlichkeit und im Kongress hat es Präsident Obama politisch ermöglicht, die Abkehr von der kostspieligen zivil-militärischen „Counterinsurgency“-Strategie einzuleiten, ohne Kritik der Republikaner fürchten zu müssen. Der schleichende Übergang zu einer sogenannten „Counterterrorism“-Strategie erhöht den Spielraum für die Truppenreduzierung. Militärisch geht es in der amerikanischen Afghanistan-Strategie seit geraumer Zeit um kaum mehr als die Ausschaltung möglichst vieler Aufständischer durch Tötung und Gefangennahme – sei es in der Hoffnung, die Führung des Gegners verhandlungsbereit zu stimmen, sei es in der Erwartung, dass gestärkte afghanische Sicherheitskräfte so eher in die Lage versetzt werden, mit der letztlich nicht ganz zu beseitigenden Bedrohung fertig zu werden.

Gerechter Frieden?

Die immer wieder genannten Voraussetzungen für die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung und ihre Sicherheitskräfte sowie einer erfolgreichen Transition sind gewiss nicht gegeben: Die Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft der afghanischen Armee erfüllt nicht die Erwartungen; von einer guten Regierungsführung bleibt Afghanistan noch weit entfernt; von einem Friedens- und Aussöhnungsprozess ist wenig zu erkennen; die Nachbarstaaten Pakistan und Iran verfolgen ihre eigenen, einer nachhaltigen Befriedung Afghanistans nicht förderlichen Interessen. Der mehr als drei Jahrzehnte währende afghanische Bürgerkrieg wird mit der Reduzierung der westlichen Präsenz in eine neue Phase treten.

Friede, gar ein „gerechter Frieden“ ist nicht in Sicht. Doch die Aussicht

auf einen „gerechten Frieden“ ist in friedensethischer Perspektive ein entscheidendes Kriterium für die Beurteilung militärischer Gewaltanwendung. Militärische Gewaltanwendung muss in dieser Perspektive auf den Aufbau einer die Gewalt überwindenden Ordnung ausgerichtet sein. Besteht keine realistische Aussicht auf einen solchen Frieden mehr, dann ist die Fortsetzung eines Krieges schwerlich zu rechtfertigen. Das Ziel eines dauerhaften gerechten Friedens, das dem Tod eigener Soldaten und dem von ihnen verlangten Töten Sinn und Rechtfertigung verleihen könnte, ist nicht realistisch; zumindest ist es kein Ziel, das

gleichzeitig das dann zu erwartende Übel möglichst gering zu halten.

Ausblick in eine ungewisse Zukunft

Der Bürgerkrieg in Afghanistan wird auch nach der direkten Beteiligung westlicher Kampftruppen weitergehen. Es ist daher mehr denn je geboten, alle Möglichkeiten einer politischen Regelung auszuloten. Doch der Weg zu einer politischen Befriedung ist weit. Die Regierung in Kabul und eine sich aus unterschiedlichen Gruppen zusammensetzende Aufstandsbewegung müssen kooperieren, das Störpotenzial einer Vielzahl anderer Gewaltakteure muss



Deutscher Soldat in Kontakt mit afghanischen Kindern

© Bundeswehr / PIZ Heer

von den Realpolitikern im Weißen Haus überhaupt erwogen wird.

Sicher kann man argumentieren, Erfolg oder Scheitern in einem Krieg gegen eine Aufstandsbewegung lasse sich nur schwer beurteilen und mit Beharrlichkeit und Durchhaltevermögen lasse sich allen Widrigkeiten zum Trotz der Erfolg vielleicht doch noch erringen. Doch die Fortsetzung eines Krieges auf der Basis eines kleinen Hoffnungsschimmers ist moralisch überaus problematisch. Nach einem Dutzend Jahren der direkten internationalen Beteiligung am afghanischen Bürgerkrieg lässt sich die Zuversicht in einen politischen Erfolg nicht mehr überzeugend begründen. Wenn die Erfolgsaussichten nicht mehr gegeben sind, dann kann es nur darum gehen, den Rückzug anzutreten und

begrenzt und regionale Mächte wie Pakistan und Iran, die keineswegs ein eindeutiges Interesse an Stabilität in Afghanistan haben dürften, müssen einbezogen werden. Selbst wenn die Details eines Machtteilungs-Arrangements ausgehandelt werden können, so bleibt die vielleicht noch wichtigere Frage, ob es umgesetzt und seine Einhaltung überwacht werden kann. Es wird auf die internationale Gemeinschaft ankommen, einen schwierigen, wahrscheinlich Jahre dauernden Friedensprozess zu strukturieren, in dessen Verlauf ein Mediator gefunden werden muss, der für die Konfliktparteien akzeptabel ist. Auch wird es einer Phase der Vertrauensbildung bedürfen. Eine Friedenslösung auf dem Verhandlungswege ist komplex, schwierig und der Ausgang ungewiss. ■